

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 886846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Dr. Dietrich Sperling  
MdB zu Richard von  
Weizsäckers Buch -  
und dem, was die  
Presse daraus ge-  
macht hat: Der Präsi-  
dent und die Parteien,  
die Bürger und die Me-  
dien.

Seite 1

Siegrun Klemmer MdB  
zum Kernkraft-Problem  
der GUS-Staaten:  
Keine Entschärfung  
durch München.

Seite 3

Helmut Ritter MdL zu  
Alois Glücks Rolle als  
Chefkritiker von Streibl  
und Stoiber: Der CSU-  
Staat wird der CSU zur  
Last.

Seite 4

### Dokumentation

Die Opposition im  
Bayerischen Landtag  
hat in einer Sondersit-  
zung eine Verurteilung  
der Polizeieinsätze  
während des Münchner  
Weltwirtschaftsgipfels  
gefordert. Wortlaut des  
Antrags

Seite 5

47. Jahrgang / 131

13. Juli 1992

### Der Präsident und die Parteien, die Bürger und die Medien

Zu Richard von Weizsäckers Buch - und dem, was die Presse daraus gemacht hat

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Unser Präsident, Richard von Weizsäcker, hat mit Journalisten gesprochen. Der Text ist in einem Buch veröffentlicht worden. Zuvor gab es den Abdruck von Teilen des Buches in Zeitungen.

Die Vorabveröffentlichungen waren ausgewählt. Sie wurden als große Abkanzlung Kohls durch Weizsäcker und als herbe Kritik an den Parteien vorgeführt.

Wer das ganze Buch liest, kommt zu ganz anderen Eindrücken. Zwar kritisiert Weizsäcker die politische Führung. Die besteht aber nicht nur aus Kohl. Und Weizsäcker vermeidet das für die Journalisten liebste Spiel: einen Streit zwischen Politikern vom Zaune zu brechen - oder alle Politik als persönlichen Zank zu schildern.

Vor allem der Spiegel hat mit seinem Titel: "Die Abkanzler" in diesem falsche Sinne "personalisiert". Damit hat er die Bildzeitung qualitativ nachgeahmt, bei geringerem Niveau der Seichtigkeit.

Weizsäckers Kritik an Augstein (Spiegel) und Stange (Bildzeitung) lautet (ohne die Personen zu nennen, denn er meint auch alle Kollegen der beiden): "Wie oft sind die Aufmacher in Zeitungen und elektronischen Nachrichten eher den Parteien als den schwierigen Sachfragen gewidmet. Ob Kandidaten gegeneinander kämpfen oder ob da ein Außenseiter es gewagt hat, gegen das öffentlich bekundete Interesse seiner Partei aufzustehen, das findet immer große Beachtung. Wenn es dagegen um eines der großen Probleme unserer Zeit geht, muß man sich gehörig anstrengen, um die Aufmerksamkeit der berichtenden und kommentierenden Medien dafür zu gewinnen." (S. 157)

In Weizsäckers Buch geht es um große Probleme: Wie verkraften wir die Reformen im Osten, einschließlich der deutschen Einheit? Welche Wandlungen der außenpolitischen Großwetterlage haben wir noch nicht verarbeitet? Ist unser politisches System von Parteien, Medien und Bürgergesellschaft den Problemen gewachsen?

Und wie hat die Presse es behandelt? "Weizsäcker kanzelt Kohl ab und beschimpft die Parteien". Dies wird dem Buch nicht gerecht, es bestätigt aber Weizsäckers Kritik an den Medien!

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Interessant ist, daß auch seine Medienkritik "gebremst" ist, wie seine Parteienkritik: "Die Medien sind, wie die Parteien, Bestandteile der ganzen Gesellschaft. Dabei haben sie vor allem eine Sache mit den Parteien gemeinsam: Die Medien brauchen ihre Einschaltquoten und Auflagen, die Parteien ihre Wähler." (S. 158)

Und mit dem Schielen der Medien nach Lesern und Zuschauern - oder der Parteien nach Wählern - bekommt Weizsäcker immer wieder die "ganze Gesellschaft" in den Blick, das Wechselspiel der unterschiedlichen Kräfte des politischen Systems, einschließlich der Organisationen und Verbände der "Bürgergesellschaft", von Kirchen bis zu den Tarifpartnern:

"Wir brauchen die Parteien. Es geht nicht ohne sie. Doch die Parteien brauchen die Bürgergesellschaft. Darunter verstehe ich nicht nur die örtlichen Initiativen für die Lösung bestimmter sozialer oder anderer Probleme, sondern die konzeptionelle, politisch-geistige Beteiligung an den Problemen unserer Zeit. Unternehmer, Gewerkschaften, Kirchen, wissenschaftliche Disziplinen, Intellektuelle, Medien, sie alle haben teil an der Lebensfähigkeit der liberalen Demokratie. Parteien können gar nicht anders, als um den nächsten Wahlsieg kämpfen; das ist ihr Auftrag. Wenn nun aber eine Gesellschaft, wie dies in der alten Bundesrepublik zum Glück geschehen konnte, einen im Weltmaß großen Wohlstand erreicht hat, dann entsteht im Verhältnis zu Parteien die typische Gefahr: Ein Geschäft auf Gegenseitigkeit, nämlich Wohlstandserhaltung gegen Machterhaltung. Dies wird begleitet, paradoxerweise, von wachsendem Mißtrauen gegen Parteien und doch auch wachsender Verführbarkeit von Wählern. Aber nicht in der Kritik an den Parteien wird sich der Schlüssel für die Lebenskraft der liberalen Demokratie finden, sondern in der lebendigen Bürgergesellschaft, die den Parteien konzeptionell vorarbeitet und ihnen dann auch mit größerem Recht politische Führung abverlangen kann."

So, wen kanzelt denn der Präsident mit diesen Worten ab? Niemanden, auch nicht diejenigen, die es selber an konzeptioneller Vorarbeit vermissen lassen - er beschreibt einen Sachverhalt, der sich in unserer Wohlstandsgesellschaft entwickelt hat und ein Teufelskreis zu werden droht: Parteien versprechen einer Mehrheit Besitzstandswahrung, und diese Wählermehrheit stimmt für das entsprechende "Machtkartell" ab. Im Ergebnis kommen Zweidrittelgesellschaft und Umwelterstörung heraus, weil Besitzstandswahrung zum Immobilismus gegenüber Sachproblemen der Umwelt und der Sozialverfassung führt. Und dann kritisieren diejenigen, deren Besitzstand gewählt wurde, den sie schützenden Immobilismus in nicht einmal mehr herzbewegender Ahnungslosigkeit, weil sie nicht wissen wollen, was sie selber tun (bewirken).

Weizsäcker: "Wir leben in einer Demoskopiedemokratie. Sie verführt die Parteien dazu, in die Gesellschaft hineinzuhorchen, dort die erkennbaren Wünsche zu ermitteln, daraus ein Programm zu machen, dieses dann in die Gesellschaft zurückzufunken und sich dafür durch das Mandat für die nächste Legislaturperiode belohnen zu lassen. So ist es zwar nicht immer, aber zu oft. Und es handelt sich um einen Kreislauf, bei dem die politische Aufgabe der Führung und Konzeption zu kurz kommt. Es ist ein Zusammenspiel von Schwächen derer, die die Mandate suchen, und jener, die sie erteilen." (S. 165)

Man möchte bitter hinzufügen: In diesem Kreislauf gelten paradoxerweise die jeweiligen Schwächen bei den Mehrheiten als "Stärken". Die demoskopieabhängigen Politiker haben starckerweise das Ohr am Volk. Und die Wählermehrheit jubelt dem "lastenfreien" Populismus zu.

Weizäckers Argumentation läuft darauf hinaus, "die Schuld nicht allein bei den Parteien zu suchen" (S. 166). Das Buch endet mit den Worten: "Wichtiger ist die Frage, wie sich die liberale Pluralismus-, Parteien-, oder Fernseh-Demokratie weiterentwickelt. Und wie es mit der Zukunft unserer demokratischen Bürgergesellschaft steht. Das ist nach meinem Gefühl in einem politischen Gespräch oder Buch über unsere Verhältnisse die erste und letzte Frage."

Wer das ganze Buch liest, findet es so. Aber wer hätte das nach der öffentlichen Berichterstattung über die Gespräche des Präsidenten mit den "Zeit-Journalisten" gedacht? Die Medienlandschaft ist in ihren üblichen Personalisierungs- und Skandalisierungsfehler verfallen, einige Politiker haben dann ohne Nachprüfen als beleidigte Leberwürste reagiert und damit die Medienfälschung bestätigt, die zurückhaltenderen gingen in der Berichterstattung unter, denn der Streit bringt Leserlust und Auflagensteigerung, der Präsident wurde für eine nicht geübte Pauschalkritik selber kritisiert, das Spektakel ist komplett.

Und daraus darf man schließen: Wo ein Spektakel stattfindet, wird der schwierige Sachverhalt verfehlt. Würde die Bürgergesellschaft das begreifen, bekämen wir die Medien und die Politik, die wir im Interesse der Problemlösungen bräuchten. Aber wegen des Spektakelinteresses der Medienkonsumenten bekommen wir nur die Politik, die wir verdienen.

Merke: traue weder Bild noch Spiegel, verdächtige TV-Sender aller Art der seichten Falschberichterstattung, traue den Politikern nicht über den Weg und wisse: es liegt leider auch an Dir. Als Bürger wählst Du die entsprechende Politik. Beschwere Dich über die Folgen Deines Handelns auch bei Dir selber und zwar auch über Dich!

(-/13. Juli 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Zeitbombe der GUS-Atomreaktoren tickt weiter**

**Zur Bewältigung des Kernkraft-Problems hat der Münchner Gipfel nichts beigetragen**

**Von Siegrun Klemmer MdB**

**Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Ein angeblicher Herzenswunsch von Bundeskanzler Kohl und Bundesumweltminister Töpfer bleibt unerfüllt: Von wirksamer Hilfe an die GUS-Staaten zum kurzfristigen Abschalten wenigstens der allergefährlichsten Atomreaktoren kann nach dem Münchner Gipfel keine Rede sein. Die Ankündigung, einen Internationalen Finanzfonds zu gründen, ist angesichts der Dringlichkeit des Problems nichts als heiße Luft. Nicht einmal eine Summe wurde genannt, von konkreten Konzepten ganz zu schweigen. Wichtiger am "Ergebnis" des Gipfels ist wieder einmal das, was nicht offen gesagt wurde: Von "bilateralen Programmen" war die Rede, ohne ein einziges Wort darüber zu verlieren.

Das kann nur heißen: Die Industriestaaten wollen jeder für sich möglichst viel absahnen bei der Erneuerung der GUS-Energiewirtschaft auf atomarer Basis. Wer die Zeichen der Zeit kennt, weiß, daß damit nichts anderes gemeint ist als eine Renaissance der Kernkraft. Hilfe also nicht für die GUS, sondern für die "notleidende westeuropäische Atomindustrie".

Jeder für sich, die Zeit gegen alle: Wenn das Abschalten der GUS- und anderer Atomreaktoren, wie dem bulgarischen Schrottreaktor von Kosloduj, weiter hinausgezögert wird, ist ein zweites Tschernobyl durchaus wahrscheinlich. Die Folgen werden diesmal schlimmer sein, denn die Umweltfaktoren sind Öl in die nationalistischen Feuer Osteuropas. Kriegerische Auseinandersetzungen und eine Unzahl von Umweltflüchtlingen wären die Folgen. Schon aus diesem Grund liegt westliche Unterstützung, wie von der SPD-Bundestagsfraktion mehrfach gefordert, nicht zuletzt als "Selbstschutzmaßnahme" auch im nationalen Interesse.

Die Alternative lautet: Ausschöpfung des in Osteuropa besonders großen Energiesparpotentials, sofortiger Baubeginn von schnell und relativ preiswert zu installierenden Gasturbinenkraftwerken sowie forcierte Förderung alternativer Energieformen.

Stattdessen hat der von Bundeskanzler Kohl geleitete Wirtschaftsgipfel trotz vollmundiger Vorankündigung die GUS-Staaten auch mit ihrem "Kern"-Problem sich selbst überlassen.

(-/13. Juli 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Der CSU-Staat wird der CSU zur Last**

**Zu Alois Glücks Rolle als Chefkritiker von Streibl und Stoiber**

**Von Heimit Ritzer MdL**

**Vorsitzender des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden des Bayerischen Landtages**

Die jetzt wiederholt vorgebrachten Klagen des CSU-Fraktionsvorsitzenden Alois Glück über die "Festungen der Bürokratie" können in Wahrheit nicht anders als eine massive Kritik an der CSU-Staatsregierung, insbesondere an Ministerpräsident Streibl und Innenminister Stoiber, gewertet werden. Es handelt sich also um die typische Sack-Esel-Methode: Die Beamten werden, weil populär, heftig geprügel - und sind darüber zu Recht verärgert - während sich die eigentlichen Adressaten ihren Teil denken können. Wie die Reaktion des Finanzministers von Waldenfels zeigt, ist die Kampfansage Glücks im Kabinett allerdings schon richtig verstanden worden.

Dieser CSU-Staat hat die Verwaltungen im Freistaat gleichgeschaltet. Alles muß auf das Kommando der Minister und ihrer Helfer in den Ministerien hören. Es verwundert daher nicht, daß die Eigeninitiative der Verwaltungen und ihrer Beamten erstickt wird und der Richtlinienbedarf zur Ausrichtung der Bürokratie auf den CSU-Kurs lawnenartig steigt. Die Folgen sind bekannt: Beim Bau von Kindergärten wird die Zahl der Wasserhähne oder Toilettenplätze zum Gegenstand monatelanger Auseinandersetzungen im Rahmen der Bezuschußungsverfahren. Der Sachverstand von Bürgermeistern und Gemeinderäten wird bei Schulprojekten zum Wegwerfartikel: Man darf nicht kostengünstig planen und bauen, wenn 35 Quadratzentimeter an der vorgeschriebenen Hauptnutzfläche fehlt. Auf diese Art und Weise macht man sich die nachgeordneten Stellen gefügig. Das Überwinden kleinkarierter bürokratischer Hemmnisse wird dann als politischer Sieg der schließlich eingeschalteten CSU-Landtagskollegen gefeiert.

Zum CSU-Staat gehört auch, daß befördert wird, wer CSU-Mitglied ist und nicht unangenehm auffällt: Wieso wundert sich der CSU-Fraktionsvorsitzende eigentlich, daß die Primärtugend in den Amtsstuben nicht Effizienz, sondern korrekter Richtlinienvollzug ist?

Herr Glück nennt als Ursachen für die Entwicklung "die geistige Verfassung unserer Zeit" und "eine Welt des allgemeinen Mißtrauens". Die Welt des Mißtrauens ist die Welt der den CSU-Staat regierenden Kabinettsmitglieder und ihrer Helfer draußen im Lande. Es ist nicht der mangelnde Einfluß der Politik, sondern der fehlende Wille zur Delegation von Kompetenzen und Verantwortung, die Angst der Regierenden vor Entscheidungen, die allein nach sachlichen Kriterien getroffen werden.

Ein Aspekt des CSU-Staates führt ebenfalls zu den von Herrn Glück beklagten Ergebnissen: die Gefälligkeitsdemokratie in vielen Gemeinden und Landratsämtern, die selbst nicht mehr klar entscheiden, weil sie nicht den Mut haben, dem Bürger reinen Wein einzuschenken, und sich deshalb die nächsthöhere Behörde zum Ablehnen "halten".

In einem hat Herr Glück recht: Mehr Kompetenzen für den Petitionsausschuß, insbesondere das Recht auf Akteneinsicht, könnte die Verwaltung zu mehr Bürgernähe und Kreativität im Interesse der Bürger anhalten. Nur muß sich die CSU im Landtag vorwerfen lassen, gerade diese Reform des Petitionsrechts seit 20 Jahren verhindert zu haben. Sie hat sich jedesmal hinter die Staatsregierung gestellt, die mehr Parlamentskompetenzen fürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Jetzt also Bereitschaft zur Reform? Unsere Zweifel sind noch nicht ausgeräumt, denn eine Verfassungsänderung, die die Kompetenzen des Landtags ein für alle Mal festschreibt, möchte die CSU gerade nicht, obwohl Gutachten des Innenministeriums vorliegen, daß die Verfassungsänderung zwingende Voraussetzung für das Akteneinsichtsrecht, das Recht auf Zeugenvernehmung und das Recht auf jederzeitigen Zugang zu Einrichtungen der Staatsregierung sei.

Fazit: Herr Glück hat die Probleme durchaus richtig erkannt. Doch die Erkenntnisse sind solange ein Muster ohne Wert, bis der Diagnose auch die Therapie folgt. Auf die Unterstützung der SPD-Fraktion kann Herr Glück zählen. Ob er aber auch auf die Unterstützung seiner eigenen Fraktion und insbesondere der CSU-Kabinettsmitglieder zählen kann, bleibt noch dahingestellt.

(-/13. Juli 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Bayerns Opposition fordert Verurteilung der Polizei-Gewalt**

Das Sonderplenum des Bayerischen Landtags am heutigen Montag, das von den drei Oppositions-Fraktionen gemeinsam beantragt worden ist, befaßt sich mit der von der Staatsregierung zu verantwortenden Taktik der Polizeieinsätze anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels und insbesondere auch mit den Äußerungen von Ministerpräsident Streibl, "hartes Hinlangen" sei "bayerische Art". Dazu hatten die 76 Abgeordneten der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP am 10. Juli einen gemeinsamen Entschließungsantrag im bayerischen Parlament eingereicht, den wir nachstehend dokumentieren.

#### **Dringlichkeitsantrag**

**Rechtsstaatswidriges Verhalten der Staatsregierung anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels**

#### **Entschliebung:**

**Der Landtag wolle beschließen:**

Der Landtag verurteilt die von der Bayerischen Staatsregierung zu verantwortende Taktik der Polizeieinsätze anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels in München. Der Staat ist nicht nur verpflichtet, für die öffentliche Sicherheit zu sorgen, sondern hat bei der Erfüllung dieser Aufgabe dafür Sorge zu tragen, daß die Würde des Menschen, seine persönlichen Freiheitsrechte, das Recht der freien Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit gewahrt werden. Für den gesamten Bereich der öffentlichen Sicherheit muß gelten: So viel Sicherheit wie notwendig - so wenig Einschränkungen wie möglich.

Nach diesen Grundsätzen ist festzustellen:

1. Der Landtag mißbilligt das rechtsstaatswidrige Verhalten der Staatsregierung anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels gegenüber kritischen Bürgerinnen und Bürgern.

Er

